



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 20.10.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
am Dienstag, 1. November 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung eine medizinische Maske zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 13.09.2022
2. Präventionskonzept KOMPASS
3. No Stalk App - Weißer Ring
4. Vorstellung des Projekts #wohin

5. 22-F-69-0059

Rheinstraße nicht zur Crack-Straße werden lassen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.10.2022

Auf dem Mittelstreifen der Rheinstraße hat sich in den vergangenen Monaten ein Drogentreff gebildet, der sich langsam, aber sicher zu einem bekannten Szenetreffpunkt entwickelt, wo vor allem harte Drogen wie Crack konsumiert werden.

Nun fühlen sich viele Wiesbadener von den Gruppen zunehmend bedroht. Dies gilt für Passanten, umliegende Unternehmen und vor allem für Schüler, da eine gefährliche Nähe zur Oranienstraße besteht. Dementsprechend streift der Schulweg vieler Schüler die Rheinstraße. Laut des Schulleiters habe der dortige Hausmeister auch schon Spritzen in den Büschen vor der Schule gefunden.

Medienberichten zufolge haben Mitarbeiter der ambulanten Suchtberatung und der aufsuchenden Sozialarbeit des Wiesbadener Suchthilfeszentrums bereits Erfahrungen mit der Gruppierung gemacht. Die Suchtberater schauen dort regelmäßig vorbei und bieten Hilfe an, die jedoch abgelehnt wird. Ebenso würde auf dem inzwischen sogenannten „Crack Streifen“ auch die Hilfe von der Streetworkern abgelehnt¹.

Im Mai dieses Jahres hat die CDU-Fraktion zusammen mit der FDP sowie BLW/ULW/BIG und Freie Wähler/pro Auto einen Antrag in den Mobilitätsausschuss eingebracht, der auf den Umbau des Mittelstreifens als Fahrradweg zielte. Der Antrag wurde jedoch „durch Aussprache erledigt“. Der Umbau des Mittelstreifens würde nicht nur die katastrophale Verkehrssituation verbessern, sondern auch der Drogenszene künftig entgegenwirken. Die Situation hätte sich höchst wahrscheinlich nicht so dramatisch entwickelt, da ein Radweg für den Drogen-Konsum in Gruppen vergleichsweise ungeeignet ist.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. was er konkret gedenkt gegen die Entwicklung zu tun, die den Mittelstreifen der Rheinstraße zu einem Crack Streifen umfunktioniert,
2. wie er künftig die wichtige vorbeugende Sozialarbeit und Streetworker stärken möchte, sodass diese eine echte Chance haben, präventiv tätig werden zu können,
3. ob er die Annahme teilt, dass ein Radweg auf dem Mittelstreifen die Situation entschärfen würde.

6. 22-F-63-0104

Bevölkerungsinformation zur Stromversorgung
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 19.10.2022 -

Aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine, könnte es auch in Wiesbaden zu Stromengpässen kommen. Denkbar wäre auch, dass das Stromnetz zusätzlich durch Strom-Heizlüfter als Ersatz für teure Gasheizungen belastet wird. Informationen über eine verantwortungsbewusste Vorsorge sind für die Bevölkerung von zentraler Bedeutung.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Welche Maßnahmen getroffen wurden, um die Bevölkerung zu informieren und wie vulnerable Gruppen geschützt werden.

¹ [Rheinstraße: Fußgängerweg ist zum „Crackstreifen“ geworden \(wiesbadener-kurier.de\)](https://www.wiesbadener-kurier.de)

7. 22-F-63-0105

Maßnahmen zur Sichtbarkeit des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 19.10.2022 -

Am 25. November ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. An diesem wird in vielen Städten und auf die unterschiedlichsten Weisen auf die gesellschaftliche Problematik von Gewalt gegen Frauen hingewiesen. Wesentliches Ziel der Kampagne ist es, Sichtbarkeit zu generieren. Zuletzt wurden hierfür herausgehobene Gebäude in der Landeshauptstadt in orangem Licht beleuchtet - Orange ist die Farbe der Kampagne, weshalb der Tag im englischsprachigen Raum auch als „orange day“ bezeichnet wird. Der „orange day“ ist hierbei als Startschuss zu begreifen. Die 16 Tage bis zum Tag der Menschenrechte am 10.12. jeden Jahres wird mit dem „orange day“ eingeleitet.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten,

- zu berichten, welche Maßnahmen zum diesjährigen Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (unter Berücksichtigung der beschlossenen Energieeinsparmaßnahmen) geplant sind.
- den Start des „orange day“ bis zum Tag der Menschenrechte mit entsprechenden Informationen und Angeboten zu füllen.
- zu berichten, ob vor dem Hintergrund einer möglicherweise länger andauernden Energiekrise eine neue, nachhaltige Konzeption denkbar wäre, die in den Folgejahren unter ähnlichen Voraussetzungen Anwendung finden könnte.

II. Die politischen Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden verurteilen jegliche Form von Gewalt an Frauen, sei sie verbal, physisch oder psychisch, analog oder digital.

Um auf die Thematik hinzuweisen und am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen mitzuwirken, werden die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgefordert, sich am 25.11.2022 an digitalen Demonstrationen zu beteiligen.

Ergänzend soll der öffentliche Internetauftritt der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 25.11.2022 bis zum 10.12.2022 angepasst werden, sodass der Onlineauftritt der Stadt Wiesbaden vom Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen bis zum Internationalen Tag der Menschenrechte einheitlich als Zeichen der Sichtbarkeit und Solidarität (teilweise) orange eingefärbt wird.

8. 22-F-63-0090

MINT Programme für Frauen etablieren

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.10.2022 -

In der digital geprägten Welt kommt der MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) eine zentrale Rolle zu. Noch immer werden technische und naturwissenschaftliche Berufe von Männern dominiert. Dabei bietet der MINT-Bereich tolle Perspektiven für Frauen. Dennoch studieren und promovieren weiterhin deutlich weniger Frauen als Männer in den MINT-Fächern – und sind dann später seltener in MINT-Berufen tätig. Als mögliche Ursachen werden neben individuellen Merkmalen wie niedriges Vertrauen in die eigenen MINT-Fähigkeiten vor allem Sozialisations- und Umwelteinflüsse durch Eltern,

Lehrkräfte und Medien sowie fehlende Rollenvorbilder diskutiert. Vernetzungs- und Fördermaßnahmen, die insbesondere die Belange von Mädchen und Frauen stärken, können MINT-Interessen vertiefen und in Zukunft die Anzahl hochqualifizierter weiblicher MINT-Fachkräfte gerade auf kommunaler Ebene in Wiesbaden steigern. Das BMBF fördert zudem mit dem Programm „Regionale Cluster für MINT-Bildung für Jugendliche“ den Ausbau von Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren im außerschulischen Bereich. Insgesamt sind 53 MINT-Cluster aktiv. Im Oktober 2022 sind Cluster in Hannover, Braunschweig und Göttingen neu hinzugekommen. Für das Jahr 2023 ist ein dritter MINT-Cluster-Förderwettbewerb in Planung.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu berichten, welche Informations- und Bildungsbausteine für Mädchen und Frauen zu Fragen der Berufs- und Lebensplanung, zu Einkommensperspektiven, Interessengebieten und Selbständigkeit/Gründung mit Blick auf die MINT-Berufe in Wiesbaden derzeit angeboten werden.
2. Zu prüfen, welche städtischen Akteur*innen, für einen Beitritt zur Bildung eines MINT-Clusters für die dritte Mint-Cluster-Förderrunde 2023, infrage kommen könnten und inwiefern eine Kooperation mit der Hochschule Rein-Main hierbei möglich wäre.
3. Vertreter*innen des Frauenmuseums in den Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit einzuladen, um über die Ergebnisse am Förderprogramm „Komm, mach MINT“ zu berichten und über Schlussfolgerungen in den Austausch für zukünftige Beteiligungen zu kommen.
4. Zu prüfen, welche städtischen Kindertagesstätten in Wiesbaden für eine zertifizierte Weiterbildung des „Haus der kleinen Forschenden“ und der anschließenden Umsetzung des MINT-Konzepts infrage kommen.
5. Zu berichten, welche Schulen in Wiesbaden Mint-Klassen, Mint-AG's oder ähnliches anbieten und zu evaluieren, wie hoch der Mädchenanteil bei diesen Angeboten ist.

9. 21-A-78-0001

Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat

10. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné
Vorsitzende